

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Auktions- und Anzeigerblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Subskription 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M. in den Landorten 1,40 M. durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streif usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Kellamezeile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Niederlage unbedingt geschriebener oder durch Fernschreiber aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10 — 12 M. des Laufens, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 99

Dienstag, den 26. August 1930

32. Jahrg.

Neues in Kürze.

Ueber die Finanz- und Wirtschaftslage des Reiches sprach bei einem Besprechungs-Reichsfinanzminister Dietrich, der die Situation für die nächsten Monate nicht als sehr pessimistisch bezeichnet.

Gelegentlich einer nationalsozialistischen Wahlversammlung in Bunsau kam es zu heftigen Zusammenstößen mit Kommunisten, wobei drei Todesopfer und sechs Schwerverletzte zu beklagen sind.

Der bisherige Präsident der deutsch-polnischen Schiedskommission in Oberschlesien, der Schweizer Zell Calonder, ist von seinem Posten zurückgetreten.

Unsere Finanz- und Wirtschaftslage.

Eine Rede Dietrichs.

Berlin, 24. August.

Reichsfinanzminister Dietrich empfing die Vertreter der Presse, um ihnen, wie er sagte, „auf neutralem Boden“ zur Klärung der Lage gerade jetzt vor den Wahlen einen Überblick über die Finanz- und Wirtschaftslage des Reiches zu vermitteln.

Die Kassenlage, so führte er im wesentlichen aus, ist durchaus befriedigend, und menschlichem Ermessen nach darf bestimmt angenommen werden, daß wir ohne Schwierigkeiten den Anforderungen der nächsten Monate hinwegkommen. Es ist Vorfrage getroffen, daß auch der nächste Termin des 1. Januar überwunden wird. Das Reich hat seine schwebenden Auslandskredite reiflos zurückgezahlt. Von dem Ueberbrückungskredit von 350 Millionen sind fünf Raten zu je 50 Millionen Rm. bezahlt, so daß nur noch je 50 im September und Oktober zu tilgen sind. Der Bankkredit von 200 Millionen ist auf die Hälfte heruntergemindert. Die schwebende Schuld ist um über 500 Millionen verringert.

Hauptentlastungsmaßnahmen werden sich bei der Lohnsteuer und den Zöllen ergeben. Der Lohnsteueranfall trifft aber in erster Linie die sozialen Einrichtungen, der Knappschafts- und Invalidenversicherung, weil der 1300 Millionen Rm. übersteigende Betrag dieser Steuer diesen beiden Versicherungsträgern gut kommt. Dann werden die Ausfälle zum Teil auf Grund des Finanzausgleichs die Länder und Gemeinden treffen. Auch wenn man noch so pessimistisch rechnet, wird man die Verluste des Reichs im laufenden Staatshaltsjahr auf etwa 300 Millionen beziffern können, die den Staatshaushalt nicht über den Haufen zu werfen vermögen. Eine Erhöhung der Arbeitslosenziffern ist eingeordnet, so daß von einer Gefahr von dieser Seite für die Kasse gleichfalls vorgebeugt ist. Man kann deswegen davon ausgehen, daß der neue Reichstag eine Reihe von Monaten Zeit zu ungehörter Arbeit haben wird. Der Minister besprach dann

die Lage der großen Reichsbetriebe,

Post und Eisenbahn, und verwies dabei auf die bekannten öffentlichen Aufträge. Die Reichsbahn wird zum ersten Male seit der Währungsstabilisierung keinen günstigen Abschluß aufweisen, ein Schiffal, das sie mit vielen Bahnen der Erde teilt. Man hofft, mit den Aufträgen der Eisenbahn etwa 130 000 Menschen beschäftigen zu können. Der Minister teilte dann Einzelheiten mit, wie der zusätzliche Wohnungsbau durch das Arbeitsministerium gedacht ist. Zunächst sollen nur keine Wohnungen gebaut werden. Die Wohnflächen sind deswegen auf 32 bis 45 Quadratmeter je Wohnung beschränkt; nur für Familien mit mehreren Kindern sind größere zugelassen. Die Mietten werden sich entsprechend niedriger gestalten, auch die Bauplätze und Aufschlagskosten sollen gedrückt werden.

Es handelt sich vor allem darum, daß die vorgesehenen Geldmittel tatsächlich für zusätzlichen Wohnungsbau Verwendung finden und nicht für angefangene Bauten, zweitens, die Baustoffe für diese Unternehmungen herunterzubringen.

Zur Frage der steigenden Arbeitslosigkeit

bemerkte der Minister: Wir haben keinen Zweifel, daß der bisher vorgesehene Jahresdurchschnitt von 1,6 Millionen Hauptunterstützungsempfängern im Laufe des Winters überschritten wird, aber ich möchte davor warnen, anzunehmen, daß im Winter Arbeitslosenziffern, wie sie hier und da kolportiert worden sind, in Frage kommen.

Zur Lage des Kapitalmarktes

verwies der Minister darauf, daß tatsächlich dauernd (sowohl nach der Rheinisch-Westfälischen als auch nach der Hiltberg-Anleihe und besonders nach den Auslösungsgeldern dauernd Nachfrage bestehe. Interventionen des Reiches seien überhaupt nicht mehr vorgesehen. Die große Sorge ist aber nun nicht mehr, die augenblicklichen Schwierigkeiten zu beheben, sondern eine Politik, die uns endlich, wenn auch nur langsam, aus dem Dilemma der Arbeitslosigkeit, die zu einer Dauererleichterung zu werden droht, herausführt. Der Mi-

nister schloß mit einem starken Appell an das Vertrauen zu uns selbst und zum Staat. Unser Geld, das im Ausland angelegt wurde, leigt das Ausland wieder in Deutschland aus, natürlich zu lauen Woge, was er empfinde. — Der Minister forderte dann eine Reform der Gemeindefinanzen durch Umbau der Gemeindefinanzverwaltung und Abbau der bisherigen Politisierung auch der kleinsten Gemeinschaft als Grundbedingung für eine Geländung der Reichsfinanzen. Nur durch eine Beseitigung der öffentlichen Zwangswirtschaft könne man zu gefunden inneren Verhältnissen gelangen. Außerdem trat er für den Umbau der Weimarer Verfassung ein und für eine künftige Kolonialpolitik.

Lehrertrium über die Innen- und Außenpolitik

Bremen, 25. August.

In einer Wählerversammlung sprach hier Reichsminister Treviranus als Spitzenkandidat der Konfessionellen Volkspartei für den Wahlkreis Meier-Gms. Unter Hinweis auf seine Rede über den polnischen Korridor führte er aus: Diese Rede habe darum einen solchen Widerhall in der Welt gefunden, weil die Welt darüber erlaucht gewesen sei, daß ein Vertreter eines wohllosen Volkes trotz der fehlenden Macht zu lauen Woge, was er empfinde. — Der Minister forderte dann eine Reform der Gemeindefinanzen durch Umbau der Gemeindefinanzverwaltung und Abbau der bisherigen Politisierung auch der kleinsten Gemeinschaft als Grundbedingung für eine Geländung der Reichsfinanzen. Nur durch eine Beseitigung der öffentlichen Zwangswirtschaft könne man zu gefunden inneren Verhältnissen gelangen. Außerdem trat er für den Umbau der Weimarer Verfassung ein und für eine künftige Kolonialpolitik.

Das Kartellproblem.

Regierung und wirtschaftliche Preisbindungen.

Berlin, 23. August.

Das Reichskabinett hat zu dem Gutachten des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats über die Frage der Verhängung von wirtschaftlichen Preisbindungen abschließend Stellung genommen und beschlossen, ein Schreiben durch den Reichswirtschaftsminister an den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat zu richten, in dem es heißt: Dem Wunsch des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats entsprechend, ihm einzelne Fälle mitzuteilen, in denen der Reichsregierung eine Prüfung von Preisbindungen angezeigt erscheint, bittet die Reichsregierung, zunächst einige wichtige Rohstoffe und Halbherzeugnisse zu unterleiden, deren Bedeutung der Vorläufige Reichswirtschaftsrat selbst hervorhebt.

In seiner Sitzung vom 3. Juli 1930 hat der Ausschuss für Sitzungen- und Abgangeswesen des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats die Auffassung vertreten, daß einer der Gründe für die Erhöhung der Baustoffen in der Preis- und Wirtschaftspolitik der Kartelle und Truße der Baustoffindustrie zu suchen sei und daß mit aus diesem Grunde bisher alle Versuche fehlgeschlagen seien, auf dem Gebiete der Baustoffen Befreiungen zu erzielen. Die Reichsregierung bittet daher, mit zettlichem und laudlichem Vorang die Preisstellungen innerhalb der Baustoffindustrie, insbesondere für Zement, Ziegelsteine, Zement, Tapeten und Flachglas, zu behandeln, damit die hier beobachteten Unzulänglichkeiten ungehindert behoben werden können.

Ferner bittet die Reichsregierung, die Preisverhältnisse in der Düngemittelwirtschaft zum Gegenstand seines Gutachtens zu machen.

Weiter bittet die Reichsregierung, die Preisverhältnisse innerhalb der deutschen Kohlenwirtschaft einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Hierbei bittet sie, dem ökonomischen Braunkohlenprodukt besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, über dessen Preispolitik vielfache Beschwerden vorliegen.

Schließlich bittet die Reichsregierung, zu den Preisstellungen im Gesamtbereich der Eisenwirtschaft gutachtlich Stellung zu nehmen.

Innerhalb der genannten Wirtschaftsgruppen bestehen neben Preisbindungen in der Stufe der Produktion durchgängig auch solche, die dem nachgeordneten Handel auferlegt werden, und ein wesentlicher Teil der vorliegenden Beschwerden betrifft gerade diesen Gebiet. Es wird deshalb gebeten, in Verbindung mit der Untersuchung der Preisverhältnisse innerhalb der Produktionsstufe auch die Preisbindung von Angehörigen der nächsten Wirtschaftsstufe auf ihre volkswirtschaftliche Zweckmäßigkeit hin zu unterleiden. Ferner erucht die Reichsregierung, die bei Treibstoffen, Gummirifen und Büchern üblichen Bindungen späterer Stufen nachzuprüfen.

Was die Markenartikel anlangt, so bittet die Reichsregierung, über die in dem Gutachten nicht einseitig beantwortete Frage der Behandlung der Preisbindungen bei Gebrauchs- und Genussmitteln zunächst die beteiligten Wirtschaftskreise auszufragen und damit Untersuchungen über andere Markenartikel des täglichen Bedarfs zu verbinden, deren Ausmaß späterer Verabredung vorzuziehen bleiben kann.

Bei allen Untersuchungen von Einzelfällen auf dem Gebiete der Bindung weiterer Wirtschaftsklassen scheint es der Reichsregierung geboten, die Frage nochmals zu erörtern, ob nicht doch allgemeine Vorschriften hinsichtlich solcher Preisbindungen zweckmäßig und möglich sind. Eine generelle Behandlung hält die Reichsregierung insbesondere hinsichtlich gewisser Preisbindungen gleichen typischen Inhalts für geboten (Ausdehnung der Preisbindung auf Waren, die nicht Gegenstand der Lieferung sind, oder auf gewerbliche Leistungen des Bezüglers). Die Frage einer all-

gemeinen Regelung darf nach Auffassung des Reichsregierung auch nicht aus den Augen verloren werden, soweit es sich um Preisbindungen bei Markenartikeln handelt. Eine Regelung von Fall zu Fall dürfte hier bei der großen Zahl der in Betracht kommenden Artikel wohl die Grenzen der Arbeitsmöglichkeit übersteigen, die den zuständigen Reichsreferats und dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat praktisch gezogen sind.

Eine amtliche Richtigstellung.

Zu den Gerüchten über das Reichswirtschaftsministerium.

Berlin, 23. August.

Amlich wird mitgeteilt: „Ein Berliner Abendblatt bringt das Gerücht von dem demnächstigen Rücktritt des Generals Hege in Verbindung mit Befreiungen einer amtlich vom General von Schleicher geführten Partei im Reichswirtschaftsministerium, die auf engen Anschlag an Sozialjargon hinzielt. Diese Nachricht ist gänzlich unanahr und zudem längst widerlegt. General von Schleicher hat schon vor längerer Zeit öffentliche Erklärung, daß er die ihm zugehobenen Pläne aus Ehrfurcht nicht ausführt. Ebenso unanahr ist die Behauptung, es gäbe demnächst politische Erströmungen im Reichswirtschaftsministerium. Die Politik des Reichswirtschaftsministeriums bestimmt lediglich der verantwortliche Minister und niemand anders. Die Reichsregierung hat es bewiesen, daß sie trotz aller Versuche, sie einzelnen politischen Erströmungen dienbar zu machen, unbeteiligt den Weisungen ihres obersten Führers folgt. Die Nachricht des Blattes ist lediglich als unverantwortliche Sensationsmache zu bezeichnen.“

Die Ausschreibungen über General Hege.

Willkommenes Material für die Pariser Presse.

Paris, 23. August.

Die in der französischen Presse verbreitete Nachricht von dem bevorstehenden Rücktritt des Generals Hege und die Wiedereröffnung der in diesem Zusammenhang in Deutschland veröffentlichten Kommentare veranlaßt die hiesigen Blätter zu neuen Ausfällen gegen Deutschland. Vor allem die Behauptung eines Berliner Abendblattes, wonach General Hege Reichsminister sei, ist eine trauer Unwahrheit der Republik lie, während seine Nachfolger von Hammerstein wesentlich andere Ziele verfolgte, wird hier redlich ausgenutzt.

Das Deutsche

spricht vom Beginn einer militärischen Umwälzung. Auch das Journal hebt die Bedeutung des bevorstehenden Rücktritts in der Obersten Seeresleitung hervor. Das Blatt verläßt, zwischen diesem Ereignis und den in letzter Zeit immer wieder angeführten Gerüchten von einer bevorstehenden Diktatur eine Parallele zu ziehen.

Der „Excellior“

beurteilt Hammerstein als den erfolgreichsten Verfechter einer aktiven Zusammenarbeit der Reichswehr mit der Roten Armee. Er ist beilebige deutliche Militärpersonen, die sich am häufigsten nach Ausland beggeben habe. Auch

die „Ere Nouvelle“

vertritt diese Auffassung und fügt hinzu, daß General von Hammerstein ein entschiedener Gegner der Locarnopolitik sei und alle Sebel für ein deutsch-russisches Militärbündnis in Bewegung setze.

Die amtliche deutsche Mitteilung, daß die oben erwähnten Behauptungen bereits als falsch und unverantwortliche Sensationsmache bezeichnet, so daß sich eine Auseinandersetzung mit der Pariser Kolportage erübrigt.

Arbeitsprogramm der Reichsbahn.

Für 300 000 Mann Arbeitsmöglichkeit.

Berlin, 23. August.

Im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogrammes der Reichsregierung hat sich die Reichsbahn bereit erklärt, möglichst noch im Jahre 1930 für 350 Millionen Rm. neue Aufträge heranzubringen.

Ein Teil der zur Finanzierung des ausgedehnten Reichsbahnbeschaffungsprogrammes erforderlichen Geldmittel ist durch Begebung von 60prozentigen Reichsbahnobligationen aufgebracht worden. Damit ist die Reichsbahn in der Lage, die bisherige scharfe Drosselung ihrer jährlichen Aufwendungen einzustellen.

Neue Aufträge sind bereits vergeben und umfangreiche zusätzliche Arbeiten in Angriff genommen worden. Die Art des von der Deutschen Reichsbahn in enger Zusammenarbeit mit dem Reichsarbeitsverwaltungsministerium aufgestellten Arbeitsbeschaffungsprogrammes, was eine sichtbare Belebung des Arbeitsmarktes und damit eine wesentliche Erleichterung der Arbeitslosigkeit zur Folge haben.

Die bisher stark eingeschränkten Leistungen für den Umbau des Oberbaues werden für rund 650 Kilometer dadurch erhöht, daß 100 Millionen Rm. für den Oberbau zusätzlich aufgewendet werden. Insgesamt 80 Millionen Rm. dienen der Bestellung von Fahrzeugen und maschinellen Anlagen, 50 Millionen Rm. werden Neubauten der Vermögensverwaltung finanziert, 30 Millionen Rm. sind für Auffüllung der Werkstättenlager und Durchführung von Sonderprogrammen vorgesehen, 12 Millionen Rm. werden für Vergütung von Arbeiterbauten und Verbesserung der Arbeitsumstände verwendet. Alles in allem wird noch im

wieder mit Steinen beworfen hätten. Als der Kriminalbeamte Welcher einen der größten Luftwiegler teilnehmen wollte, wurde er durch einen Steinwurf zu Boden getroffen. Sein Begleiter war sofort von der Menge umringt, die unter dem Ruf „Drauf auf die Halunken!“ unter einem Steinhaufen gegen die Polizeifette anstürmte. Da der Steinhaufen gegen die Beamten immer heftiger wurde und die Demonstration trotz aller Warnungen der Beamten immer wieder auf die Polizeifette eindrang, mußten die Beamten auf Befehl von der Schutzpolizei Gebrauch machen, da sie sonst überannt worden wären.

Stürmische Reichsbannerfundgebung.

Offen, 24. August.
Das Offener Reichsbanner veranstaltete im Städtischen Saalbau eine Rundgebung, in der es wiederholt zu erheblichen Störungen kam. Mehrfach mußte die Polizei unter Anwendung des Gummistücks Unruhestifter und Streikbühnen anderer politischer Richtungen entfernen. Es wurde eine ganze Reihe Zwangsgestellungen vorgenommen. Auch während der Rede des früheren preussischen Innenministers Grefenitz, der über Diktatur und Demokratie sprach, kam es zeitweise zu hitzigen Ausbrüchen. Zum Schluß kam es, während auf dem Podium die Reichsbannerfahnen spielten und sich der Saal langsam leerte, auf der Empore zu wilden Prügeleien, die ihren Höhepunkt fanden, als eine Kommunistin ein Fahnenstück des verbotenen Roten Frontkämpferbundes entfaltete.

Die Tragödie im Eise.

Das Schicksal der André-Expedition.

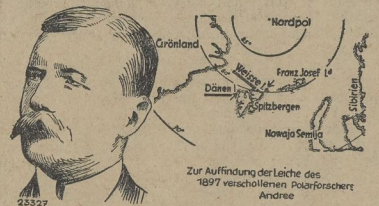
Oslo, 23. August.
Nach den letzten Berichten aus Tromsø handelt es sich bei der Weißen Insel, auf der Andrées Lager aufgefunden wurde, nicht um die zu Franz-Josephs-Land gehörende Insel dieses Namens, sondern um die auch Gillisland genannte Weiße Insel, die einige Kilometer nördlich vom 80. Breitengrad zwischen Nordost-Spitzbergen und Franz-Josephs-Land liegt. Die Nachricht wurde von dem norwegischen Walfischfänger „Terzningen“, der die norwegische Expedition getroffen hatte, nach Tromsø gebracht. Der Kapitän der „Terzningen“ erklärt, daß nach seinen Mitteilungen von dem Ballon Andrées keine Spuren gefunden wurden.

Die Nordpol-Expedition des schwedischen Ingenieurs André hat immerhin in der ganzen Welt außerordentliches Aufsehen erregt. Schon die Verwendung eines Freiballons war Grund genug, um dem Unternehmen ein ungeheures Interesse zu sichern.

Ungünstige Winderhältnisse verzögerten den Start bis zum Sonntag, den 11. Juli, nachmittags 2.30 Uhr. In den alten Depeschen wird erzählt, daß der Aufstieg erfolgreich war, aber auch, daß gleich zu Beginn die Gefahr einsetzte. Der Ballon flog auf 200 Meter, wurde jedoch bis auf die Höhe des Meerespiegels wieder niedergedrückt, so daß schließlich Sandfäße ausgeworfen werden mußten, damit „der Adler“ sich wieder erhob. Mit diesem geringen Ballast machte er anfangs mindestens 35 Kilometer in der Stunde, und zwar in Richtung Nordnordost.

Bald schon setzte die Sorge um das Schicksal der Expedition ein. Das einzige Lebenszeichen, das von ihr eintraf, war ein verlegtes Brieftaubentelegramm an die Nordpoler Zeitung „Arktisladet“, mit der André ein Nachrichtenaufkommen getroffen hatte. Diese Depesche wurde am 20. September bekannt und lautete: „13. Juli, 12.30 Uhr nachmittags, 82,2 Grad nördlicher Breite, 15,5 Grad östlicher Länge. Gute Fahrt gegen O, 10 Grad Süd. Alles wohl an Bord. Dieses ist die dritte Brieftaubentelepost. gez. André.“

Ende September wollte dann der Kapitän eines Fangschiffes im Eisfjord am Prinz-Karl-Vorland einen großen trockenen Gegenstand treibend gesehen haben, den man für die Ballonhülle hielt. Angeblich waren auch Hilferufe gehört worden. Darauf riefen Norwegen eine Rettungs-Expedition mit dem Dampfer „Victoria“ aus, die aber bereits am 21. November nach Tromsø zurückkehrte, ohne daß sie irgend etwas gefunden hatte. In der Folgezeit sind noch häufig Nachrichten über das Schicksal Andrées eingetroffen, aber sie haben sich immer als unrichtig herausgestellt. Das Geheimnis, das 33 Jahre lang über dem Schicksal der Expedition lag, ist jetzt zum Teil gelüftet worden.



Zur Auffindung der Leiche des Polarforschers André.
Auf der Weißen Insel — Gillis-Land — wurde die Leiche des im Jahre 1897 nach dem Nordpol mittels eines Freiballons aufgetriebenen Polarforschers André im Eise aufgefunden. Die Leiche hatte sich infolge des Eises sehr gut erhalten. Auch das Logbuch und Tagebuch wurden gefunden.

Bücher- und Zeitschriftenschau.

Arnold Zweig **Regenbogen**. Volksverband der Weltstreifende, Wegweiser-Verlag G. m. b. H., Berlin Charlottenburg 2.
Wie ein Regenbogen spannen sich die in allen Farben strahlenden farbigen Gebilde der Zeitgenossen in den Himmelstäumen. In vier kurzen Erzählungen, die eigentlich nur wie Skizzen anmuten, erzählt Zweig in feiner träumerischer, beschaulicher Art von der Frau eines kleinen Beamten, von einer geliebt beschränkten Frau, die ein Opfer des Krieges wird, und er berichtet über eine erlösende Episode aus dem Weltkrieg und über ein tragisches Ereignis aus dem Streitlauf zwischen Deutschland und Frankreich vom Jahre 1870. Eine umfangreichere Arbeit ist die Novelle „Selbst Friedebinger“. Selbst, seines Zeichens ein Richter, ist ein begabter und unbedingter Anhänger der Weltstreifende-Dere. Der Ausbruch des Krieges reißt ihn raus aus seinem Traumlande heraus und in die brutale Wirklichkeit zurück. Am schmucklossten, inneren Konflikt, die der Krieg in seiner Seele hervorruft, geht Selbst Friedebinger agitando. Zweigs Buch gliedert in der letzten Novelle des Bandes „Bunt und Braun“, Laurentz Bunt, ein nicht mehr ganz junger Arbeiter, ein sensibler, vergesslicher Mensch, fühlt sich unverständlich und rettungslos in die Preise der Münzstein Anna Mandel gezogen. Mit dem tragischen Tod der Künstlerin bricht die Erzählung ab. Über das Schicksal Bunts legt Arnold Zweig dem Leser im Ungewissen. Die in schillernden Worten vom W. A. H. erschaffene Welt ist literarisch so wertvoll und künstlerisch so individuell gegeben, daß sie für jeden, der sie liebt, eine Quelle ständiger Freude und Anregung ist. Der Preis des vorliegenden Werkes, in Halbleder gebunden, beträgt 3,90.

Wirtschaftlicher Wochenbericht

mitgeteilt von der Mitteldeutschen Landesbank, Magdeburg, durch die Stadtparafie zu Kemberg.

Nach dem Reichsbankausweis vom 15. August 1930 ist die gesamte Kapitalanlage der Bank um 148,8 Millionen RM. auf 1.596,4 Millionen RM. zurückgegangen. Der Umlauf an Reichsbanknoten normierte sich um 1.692 Millionen RM. auf 4.221,1 Millionen RM. Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 59,5% in der Vorwoche auf 61,9%, diejenige durch Gold und bedienungsfähige Devisen von 66,8% auf 69,8%.

Gesamtwirtschaftlich ergibt der deutsche Außenhandel im Juli wiederum eine aktive Bilanz. Die Ausfuhr ist mit 350 Millionen RM. um 40 Millionen gegenüber dem Vormonat gestiegen; die Einfuhr erreichte im Juli 909 Millionen RM. gegenüber 814 Mill. RM. im Juni. Bei der Einfuhrsteigerung ist jedoch zu berücksichtigen, daß in die Ergebnisse des Vertriebslandes die Zollabrechnungen aus dem Lagerverkehr für das 1. Halbjahr 1930 in Höhe von 126 Millionen RM. einbezogen sind.

Die auf den Stichtag des 13. August berechnete Großhandels-indergröße des Staatlichen Reichsstaats beträgt 125,0% gegen 125,2% in der Vorwoche. Der Index der Agrarstoffe liegt um 0,6% während der der industriellen Rohstoffe und Halbwaren um 0,9% gesunken hat.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird infolge weiterer Entlassungen immer kritischer. In Mitteldeutschland beträgt die Zahl der Arbeitslosen am 31. Juli 246.850 gegen 242.876 am 15. Juli 1930. Der Berliner Metallkonflikt hat sich gütigsten der Arbeitnehmer entwickelt. Bemerkenswert ist ferner, daß der Ruhrbergbau die Kündigung des geltenden Lohnabkommens zum 20. September 1930 ausgesprochen hat, um Verhandlungen über die Frage einer Produktionssteigerung einzuleiten.

Der gesamte Rindviehbestand

der Neumühle, Milchkuhe, Jungvieh und Küber, soll wegen Verpachtung der Landwirtschaft verkauft werden.

H. Niemand, Tel. 237

Empfehle prima frisches **Rind- und Hammelfleisch** **Nich. Krausemann Nachf.**

Frisches **Hammelfleisch** empfiehlt **Ernst Bachmann**

Frisches fettes **Hammelfleisch** empfiehlt **Louis Richter**

Morgen Dienstag früh 1/8 Uhr **Speck-Kuchen** **Ernst Wend**

Kuchen- u. Einmachepflaumen gibt laufend ab **Albert Becker** Wittenberger Str. 40

Morgen Dienstag früh **frischer Schellfisch** **Goldbarsch** **Fischilet ohne Haut** u. **Gräten (Müchertier)** **Paul Mierzschke**, Burgstr. 36

Wohnung auf dem Lande sofort zu vermieten. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Zahn-Atelier

Fr. Genzel

Dentist.

Vollst. schmerzlinderndes Zahnziehen

Plombieren in Gold, Silber und Kupferamalgam

Anfertigung künstlicher Zähne in Kautschuk, Gold u. unedlen Metallen, sowie Kronen, Brückenarbeiten und Stützähne.

Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

Papierdrachen

empfehlen billigst **Nich. Arnold**

Hotel Palmbaum

Telefon Nr. 255

Mittwoch, den 27. August, von abends 6 Uhr ab

Gesellschafts-Abend

und **Solisten-Streich-Konzert**

Empfehle hierzu

Antisch von Münchner Hackerbräu **Fürst Pückler-Krokant** **Speisen nach Karte**

Um gütigen Zuspruch bittet **Emil Ottensmann**

Füllfederhalter zum Durchschreiben, die Füllhalter der Zukunft!

Tintenkuli

(Selbstfüller)

Der „Tintenkuli“ ist aus bestem Hartgummi gefertigt. Seine bleistiftähnliche Schreibspitze besteht aus einer nach besonderem Geheimverfahren hergestellten Edelmetall-Legierung. Sie ist wertvoller wie reines Gold und wird weder von der Tinte angegriffen noch im Gebrauch abgenutzt. Der „Tintenkuli“ gleitet leicht über jedes Papier und ist für jede Hand geeignet. Mit dem „Tintenkuli“ erhält man gute Durchschriften.

Preis: 9 Mark

Haro-Füllhalter

mit austauschbarer Glasfeder.

Der „Haro“-Füllhalter mit der austauschbaren Glasfeder sieht ebenfalls aus wie jeder andere Füllfederhalter. Die massive, spaltlose, fein polierte Glasfeder wird in 3 Stärken (fein, mittelfein, stumpf) geliefert und ermöglicht ein weiches und schnelles Schreiben. Die Härte des Glases erlaubt, scharfe Durchschriften zu machen. Und der niedrige Preis gestattet selbst dem Wenigbemittelten die Anschaffung eines „Haro“, denn er kostet nur

3 M. Größe II | 3,50 M. Größe I | 30 Pf. Ersatzfeder

Machen Sie einen Versuch, er kostet nichts und verpflichtet zu nichts! Probieren Sie beide Halter bei **Richard Arnold, Buch-, Papier- u. Schreibwarenhandlung, Kemberg**

Glashaut

für den Hausgebrauch **schützt vor Fliegen**: Speisen und Getränke in Speisekammer und Küche, auf dem täglichen Tisch oder festlicher Tafel, **schützt** lebende Lampenschirme, kostbare Decken usw., im Kronensimmer Medikamente, Verbandstoffe. **Die Glashaut schützt und erhält alles wie neu.** Die Rolle (1,50 m lang) ist für 40 Wfg. erhältlich in der **Buchhandlung Rich. Arnold, Leipziger Str.**

Heute Nacht entschlief nach langem, schweren, in Geduld getragenen Leiden meine liebe Tochter, unsere gute Schwester und Tante, meine liebe Braut

Margarete Reinecke

im 24. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetäubt an
Die trauernde Mutter
Emma Reinecke
nebst Angehörigen und Bräutigam

Kemberg, den 25. August 1930.

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle aus statt.

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliches Belegblatt: Samstagsbelegblatt und „Mittleres Unterhaltungsblatt“. Bezugspreis: Monatslohn für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsförderung Streicheln wird erstattet jeder Anpruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Fettschrift oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Fettschrift 10 Pfg., Ausnahmestellen 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedinglich geschrieben oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Belegangebühr: 10.— Mkt. das Laubend, ausgiebig Postgebühren. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 99

Dienstag, den 26. August 1930

32. Jahrg.

Neues in Kürze.

• Ueber die Finanz- und Wirtschaftslage des Reiches sprach bei einem Besprechungsamt Reichsfinanzminister Dietrich, der die Situation für die nächsten Monate nicht als sehr pessimistisch bezeichnet.

• Gelegentlich einer nationalsozialistischen Wahlversammlung in Bunsau kam es zu heftigen Zusammenstößen mit Kommunisten, wobei drei Todesopfer und sechs Schwerverletzte zu beklagen sind.

• Der bisherige Präsident der deutsch-polnischen Schiedskommission in Warschau, der Schweizer Zeit Calonder, ist von seinem Posten zurückgetreten.

Unsere Finanz- und Wirtschaftslage.

Eine Rede Dietrichs.

Berlin, 24. August.

Reichsfinanzminister Dietrich empfing die Vertreter der Presse, um ihnen, wie er sagte, „auf neutralem Boden“ zur Klärung gerade jetzt vor den Wahlen einen Überblick über die Finanz- und Wirtschaftslage des Reiches zu übermitteln.

Die Kassenlage, so führte er im wesentlichen aus, ist durchaus befriedigend, und menschlichem Ermessen nach derart bestimmt angenommen werden, daß wir ohne Schwierigkeiten Dank der neueröffneten Einnahmen über die nächsten Monate hinwegkommen. Es ist Vorbeuge getroffen, daß auch der schlimmste Termin des 1. Januar überwunden wird. Das Reich hat seine schwebenden Auslandskredite reiflos zurückgezahlt. Von dem Ueberbrückungskredit von 350 Millionen sind fünf Raten zu je 50 Millionen Rm. bezahlt, so daß nur noch je 50 im September und Oktober zu tilgen sind. Der Bankkredit von 200 Millionen ist auf die Hälfte heruntergemindert. Die schwebende Schuld ist um über 500 Millionen verringert.

Hauptneinheitsfälle werden sich bei der Lohnsteuer und den Zöllen ergeben. Der Lohnsteuerausfall trifft aber in erster Linie die sozialen Einrichtungen der Schnappschaffs- und Invalidenversicherung, weil der 1300 Millionen Rm. übersteigende Betrag dieser Steuer diesen beiden Versicherungsarten gut kommt. Dann werden die Ausfälle zum Teil auf Grund des Finanzanzugs durch die Länder und Gemeinden treffen. Auch wenn man noch so pessimistisch rechnet, wird man die Verluste des Reiches im laufenden Haushaltsjahr auf etwa 300 Millionen beziffern können, die den Haushalt nicht über den Haufen zu werfen vermögen. Eine Erhöhung der Arbeitslosenziffern ist eingerechnet, so daß von einer Gefahr von dieser Seite für die Rasse gleichfalls vorgebeugt ist. Man kann deswegen davon ausgehen, daß der neue Reichstag eine Reihe von Monaten Zeit zu ungehörter Arbeit haben wird. Der Minister besprach dann

die Lage der großen Reichsbetriebe.

Post und Eisenbahn, und verwies dabei auf die bekannten öffentlichen Aufträge. Die Reichsbahn wird zum ersten Male seit der Währungsstabilisierung keinen günstigen Abschluß aufweisen, ein Schicksal, das sie mit vielen Bahnen der Erde teilt. Man hofft, mit den Aufträgen der Eisenbahn etwa 180 000 Menschen beschäftigen zu können. Der Minister teilte dann Einzelheiten mit, wie der zusätzliche Wohnungsbau durch das Arbeitsministerium gedacht ist. Zunächst sollen nur keine Wohnungen gebaut werden. Die Wohnflächen sind deswegen auf 32 bis 45 Quadratmeter je Wohnung beschränkt; nur für Familien mit mehreren Kindern sind größere zugelassen. Die Mietten werden sich entsprechend niedriger gestalten, auch die Bauplätze und Aufschichtungsstellen sollen gedrückt werden.

Es handelt sich vor allem darum, daß die vorgelegenen Geldmittel tatächlich für zusätzlichen Wohnungsbau Verwendung finden und nicht für angefangene Bauten, zweitens, die Bauplässe für die Unternehmungen herunterzurücken.

Beides wird nach Mitteilung des Arbeitsministeriums geschehen.

Zur Frage der steigenden Arbeitslosigkeit

bemerkte der Minister: Wir haben keinen Zweifel, daß der bisher vorgelegene Jahresdurchschnitt von 1,6 Millionen Hauptunterstützungsempfängern im Laufe des Winters überschritten wird, aber ich möchte davor warnen, anzunehmen, daß im Winter Arbeitslosenziffern, wie sie hier und da kolportiert worden sind, in Frage kommen.

Zur Lage des Kapitalmarktes

verwies der Minister darauf, daß tatächlich dauernd sowohl nach der Rheinhold-Anleihe als auch nach der Silberbindung-Anleihe und besonders nach der Ausleihungsschein dauernd Nachfrage bestehe. Interventionen des Reiches seien überhaupt nicht mehr vorgekommen. Die große Sorge ist aber nicht mehr, die augenblicklichen Schwierigkeiten zu beheben, sondern eine Politik, die uns endlich, wenn auch nur langsam, aus dem Elend der Arbeitslosigkeit, die zu einer Dauerernteinahme zu werden droht, herausführt. Der Mi-

nister schloß mit einem starken Appell an das Vertrauen zu uns selbst und zum Staat. Unser Geld, das im Ausland angelegt werde, laßt das Ausland wieder in Deutschland aus, natürlich zu einem entsprechenden Zinsfuß. Man sieht, daß das Ausland mehr Vertrauen zu uns hat, als wir selbst.

Leviranus über die Innen- und Außenpolitik

Bremen, 25. August.

In einer Wählerversammlung sprach hier Reichsminister Leviranus als Spitzenanbiter der Konservativen Volkspartei für den Wahlkreis Weser-Ems. Unter Hinweis auf seine Rede über den polnischen Korridor führte er aus: Diese Rede habe darum einen solchen Widerhall in der Welt gefunden, weil die Welt darüber erkannt gewesen sei, daß ein Vertreter eines westlichen Volkes trotz der fehlenden Macht zu sagen mag, was er empfinde. — Der Redner forderte dann eine Reform der Gemeindefinanzen durch Umbau der Gemeindebehördenverwaltung und Abbau der bisherigen Politisierung auch der kleinsten Gemeindefinanzen auf Grundbedingung für eine Geländung der Reichsfinanzen. Nur durch eine Befähigung der öffentlichen Verwaltungsführung könne man zu geländeten inneren Verhältnissen gelangen. Außerdem trat er für den Umbau der Weimarer Verfassung ein und für eine künftige Kolonialpolitik.



brillanten Stammschneidmaterial beherrschte zum erstenmal zu zuzuwenden, über dessen Preispolitik vielfache Beschwerden vorliegen.

Schließlich bittet die Reichsregierung, zu den Preisstellungen im Gesamtbereich der Eisenwirtschaft gutachtlich Stellung zu nehmen.

Innerhalb der genannten Wirtschaftsgruppen bestehen neben Preisbindungen in der Stufe der Produktion durchgängig auch solche, die dem nachgeordneten Handel aufzuerlegt werden, und ein wesentlicher Teil der vorliegenden Beschwerden betrifft gerade dieses Gebiet. Es wird deshalb gebeten, in Verbindung mit der Unterordnung der Preisverhältnisse innerhalb der Produktionsstufe auch die Preisbindung von Angehörigen der nächsten Wirtschaftsstufe auf ihre volkswirtschaftliche Zweckmäßigkeit hin zu unteruchen. Ferner erucht die Reichsregierung, die bei Treibstoffen, Gummitreifen und Währen üblichen Bindungen späterer Stufen nachzuprüfen.

Was die Warenmärkte anlangt, so bittet die Reichsregierung, über die in dem Gutachten nicht einheitlich beantwortete Frage der Behandlung der Preisbindungen bei Lebens- und Genussmitteln zunächst die beteiligten Wirtschaftskreise anzuhören und damit Untersuchungen über andere Warenmärkte des täglichen Bedarfs zu verbinden, deren Ausmaß späterer Verhandlung vorbehalten bleiben kann.

Bei allen Untersuchungen von Einzelfällen auf dem Gebiete der Bindung weiterer Wirtschaftsklassen scheint es der Reichsregierung geboten, die Frage nochmals zu erörtern, ob nicht doch allgemeine Vorschriften hinsichtlich solcher Preisbindungen zweckmäßig und möglich sind. Eine generelle Behandlung hält die Reichsregierung insbesondere hinsichtlich gewisser Preisbindungen gleichen typischen Inhalts für geboten (Ausdehnung der Preisbindung auf Waren, die nicht Gegenstand der Lieferung sind, oder auf gewerbliche Leistungen des Bezüglers). Die Frage einer all-

gemeinen Regelung darf nach Auffassung des Reichsregierungs auch nicht aus dem Augen verloren werden, soweit es sich um Preisbindungen bei Warenmärkten handelt. Eine Regelung von Fall zu Fall dürfte hier bei der großen Zahl der in Betracht kommenden Artikel wohl die Grenzen der Arbeitslosigkeit übersteigen, die den zuständigen Reichsreferats und dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat praktisch gezogen sind.

Eine amtliche Richtigstellung.

Zu den Gerüchten über das Reichswehrministerium.

Berlin, 23. August.

Amlich wird mitgeteilt: „Ein Berliner Abendblatt bringt das Gerücht von dem demnächstigen Rücktritt des Generals Hege in Verbindung mit Verbreitungen einer angeblich vom General von Schleicher geführten Partei im Reichswehrministerium, die auf engen Anschlag an Sowjetrußland hinabzieht. Diese Nachricht ist gänzlich unzutreffend und zudem längst widerlegt. General von Schleicher hat schon vor längerer Zeit öffentlich erklärt, daß er die ihm zugewiesenen Pläne aus Rücksicht mißbilligt. Ebenso umwarf die Behauptung, es gäbe verschiedene politische Strömungen im Reichswehrministerium. Die Politik des Reichswehrministeriums bestimmt lediglich der verantwortliche Minister und niemand anders. Die Reichswehr hat es bemerkt, daß sie trotz aller Verläufe, die einzelnen politischen Strömungen dienlicher zu machen, an der Spitze ihres obersten Führers folgt. Die Richtigkeit des Wortes ist lediglich als unverantwortliche Sensationsmache zu bezeichnen.“

Die Zeichnungen über General Hege.

Willkommenes Material für die Pariser Presse.

Paris, 23. August.

Die in der französischen Presse verbreitete Nachricht von dem bevorstehenden Rücktritt des Generals Hege und die Wiedergabe der in diesem Zusammenhang in Deutschland veröffentlichten Kommentare veranlaßt die folgenden Blätter zu neuen Zusätzen gegen Deutschland. Vor allem die Behauptungen eines Berliner Abendblattes, wonach General Hege Rechtsstreifen ein zu teuer Anhänger der Republik ist, während sein Nachfolger von Hammerstein wesentlich andere Ziele verfolge, wird hier redlich ausgenutzt.

Das „Deuere“

spricht vom Beginn einer militärischen Umwälzung. Auch das „Journal“ hebt die Bedeutung des bevorstehenden Wechsels in der Oberen Verwaltung hervor. Das Blatt verliert, während diesem Ereignis und dem in letzter Zeit immer wieder aufgetauchten Gerüchten von einer bevorstehenden Diktatur eine Parallele zu ziehen.

Der „Egellor“

beurteilt Hammerstein als den erfolgreichsten Vertreter einer aktiven Zusammenarbeit der Reichsbahn mit der Pariser Gremie. Er sei diejenige deutsche Militärperson, die sich am häufigsten nach Ausland begeben habe. Auch

die „Ere Nouvelle“

vertritt diese Auffassung und fügt hinzu, daß General von Hammerstein ein entschiedener Gegner der Kocarnopolitik sei und alle Segel für ein deutsch-russisches Militärabkommen in Bewegung setze.

Die amtliche deutsche Mitteilung hat die oben erwähnten Behauptungen bereits als falsche und unverantwortliche Sensationsmache bezeichnet, so daß sich eine Auseinandersetzung mit der Pariser Kolportage erübrigt.

Arbeitsprogramm der Reichsbahn.

Für 300 000 Mann Arbeitsmöglichst.

Berlin, 23. August.

Im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung hat sich die Reichsbahn bereit erklärt, möglichst noch im Jahre 1930 für 350 Millionen Rm. neue Aufträge heranzubringen.

Ein Teil der zur Finanzierung des ausgedehnten Reichsbahnbeschaffungsprogramms erforderlichen Geldmittel ist durch Begebung von prozentigen Reichsbahnobligationen aufgebracht worden. Damit ist die Reichsbahn in der Lage, die bisherige scharfe Projizierung ihrer fälligen Aufwendungen einzustellen.

Neue Aufträge sind bereits vergeben und umfangreiche zusätzliche Arbeiten in Angriff genommen worden. Die Art des von der Deutschen Reichsbahn in enger Führungsnahme mit dem Reichsverkehrsministerium aufgestellten Arbeitsbeschaffungsprogramms wird eine fühlbare Belebung des Arbeitsmarktes und damit eine wesentliche Erhöhung der Arbeitslosigkeit zur Folge haben.

Die bisher stark eingeschränkten Leistungen für den Umbau des Oberbaues werden für rund 650 Kilometer dadurch erhöht, daß 100 Millionen Rm. für den Oberbau zusätzlich aufgewendet werden. Insgesamt 80 Millionen Rm. dienen der Befestigung von Bahnrampen und maßvollen Anlagen, mit 50 Millionen Rm. werden Neubauten der Vermögensrechnung finanziert, 30 Millionen Rm. sind für Auffüllung der Werkstättenlager und Durchführung von Sonderprogrammen vorgesehen, 22 Millionen Rm. werden für Verstärkung von Brückenbauten und Verbesserung der Sicherungsanlagen verwendet. Alles in allem wird noch im